
Zwischen Ungerechtigkeits-empfinden und kollektiver Mobilisierung

Können aus der sozialen Situation prekarisierter Beschäftigter gewerkschaftliche Kämpfe entstehen?

THOMAS GOES

Prekarisierungsprozesse verschieben das Kräfteverhältnis zwischen den Sozialmilieus der subalternen Klasse zugunsten der herrschenden Klasse.

Prekarisierung verschlechtert bzw. verunsichert die Chancen von lohnabhängig arbeitenden Menschen, am materiellen und kulturellen Reichtum der Gesellschaft teilzuhaben und sich und ihre Familien zu reproduzieren. Das kann durch niedrige Löhne (Ausweitung von Niedriglohnbranchen), eingeschränkte Beschäftigungsdauer (Befristung und Leiharbeit) oder die Notwendigkeit geschehen, permanent Arbeitsaufträge und Entgelte neu aushandeln zu müssen (z. B. Honorar- und Werkverträge). Diese Entwicklung in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt wird flankiert durch Staatsinterventionen, die Erwerbslose strafend aktivieren, und einen politischen Diskurs, der als asozial brandmarkt, was nicht leisten will, nicht mobil ist und seine Wirtschaftlichkeit nicht beweisen kann (vgl. Lessenich 2008). Derartige Prekarisierungsprozesse sind dabei im Zusammenhang mit Unternehmensstrategien zu sehen, Lohnkosten und die Bindung an Arbeitskräfte zu minimieren, Profite und Flexibilität zu maximieren – sie treffen auch jene Beschäftigtengruppen, die selbst noch nicht in formal prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten (vgl. Hauer 2007).

Eine Folge von Prekarisierungsprozessen ist, dass die Fremdbestimmtheit von Lohnabhängigen gegenüber Unternehmen und Arbeitsmarktschwankungen wächst. Je mehr Prekarisierung, desto geringer die Machtpotenziale der Lohnabhängigen, desto größer die Macht der Einzelkapitale. Im Hinblick auf die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse verschieben Prekarisierungsprozesse das Kräfteverhältnis zwischen den Sozialmilieus der subalternen Klasse zugunsten der herrschenden Klasse.

Aus dieser Perspektive betrachtet gibt es gute Gründe dafür, weshalb es für prekarierte Beschäftigte schwieriger ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren und im Betrieb oder gar überbetrieblich gemeinsam mit anderen Beschäftigten für die eigenen Interessen einzutreten. Viele dieser Gründe sind mittlerweile in der sozialwissenschaftlichen Forschung gut dokumentiert. Prekarisierung verängstigt die Menschen und diszipliniert sie. Wer Angst vor dem Arbeitsplatzverlust oder Hoffnung darauf hat, die eigene Situation durch Wohlverhalten oder Leistung zu verbessern, der oder die wehren sich nicht (vgl.

Bourdieu 1998b). In diesem Zusammenhang wurde auch auf Individualisierungstendenzen hingewiesen, die die potenzielle Solidargemeinschaft zerstören oder doch zumindest untergraben (vgl. Castel 2007). Andere Herausforderungen sind eher objektiver Natur, so z.B. die räumliche und zeitliche Trennung der Beschäftigten voneinander. Gleichzeitig widerlegen allerdings Streiks wie zuletzt bei Amazon – ein Betrieb mit erheblich repressiver Personal- und Leistungs politik, der zudem auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse setzt – Diagnosen, die davon ausgehen, Prekäre und Prekarisierte seien kaum konfliktfähig.

Im Folgenden möchte ich an diese Überlegungen anknüpfen. Anhand von empirischen Schlaglichtern aus einem laufenden Forschungsprojekt werde ich zeigen, dass die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft nicht nur verängstigt, diszipliniert und individualisiert, sondern auch ambivalente Solidaritäts- und Mobilisierungspotenziale hervorbringt. An diese Potenziale wäre im Rahmen betriebs- und gewerkschaftspolitischer Arbeit anzuknüpfen.

Empirische Basis und theoretischer Zugang

Im Zentrum meines Artikels steht die Frage, in welchem Ausmaß GewerkschafterInnen an sog. «kognitive Mobilisierungspotenziale»¹ anknüpfen können, um angesichts der konkurrenzsteigernden und disziplinierenden Wirkung betrieblicher Prekarisierungskonstellationen für eine solidarische Interessenpolitik zu mobilisieren, die auf alle abhängig Beschäftigten zielt.

Empirischer Kern sind fünf Gruppendiskussionen und 16 Einzelinterviews, die ich mit prekär Beschäftigten, prekarisierten Normalbeschäftigten und Betriebsräten aus zwei Betrieben geführt habe². Die Betriebe werden im Folgenden «Lieferfix» und «Traumburg» genannt. In beiden Betrieben wurden in der jüngeren Vergangenheit die betrieblichen Leistungsanforderungen intensiviert und Personalstrategien entwickelt, die auf untertariflicher Bezahlung und prekären Arbeitsverhältnissen basieren.

Die hohen Lohn- und Mitbestimmungsstandards der deutschen Leitindustrien galten hier nie. In beiden Betrieben vollzieht sich eine Normalisierung prekärer Beschäftigung und eine Prekarisierung der Normalarbeit: Anpassungsdruck, Unterwerfung unter Optimierungszwänge sowie Strategien der Kostenreduzierung auch beim Personal werden als andauernder und krisenhafter Normalzustand erfahren. Die Belegschaften sind stark segmentiert. Die tiefste Spaltungslinie verläuft zwischen Festbeschäftigten und prekär Beschäftigten, die zum Teil seit vielen Monaten im Betrieb arbeiten. Die Arbeitsprozesse in beiden Unternehmen ähneln sich, die betrieblichen Prekarisierungsdynamiken unterscheiden sich jedoch erheblich. Benötigte Qualifikationen werden «on the job» gelernt, die Arbeitsmarktmacht auch der Festbeschäftigten ist daher schwach.

Während der Personalstamm bei Lieferfix jüngst relativ konstant blieb und durch LeiharbeiterInnen vorrangig saisonal ergänzt wurde, wurde das Stammpersonal bei «Traumburg» in den vergangenen Jahren stark reduziert, ausscheidende ArbeiterInnen wurden durch Leiharbeit ersetzt. Im Laufe der Zeit wurden ganze Abteilungen durch Werkverträge an andere Firmen vergeben, die selbst LeiharbeiterInnen beschäftigten. Trotz dieser Unterschiede werden beide Belegschaften vom Management unter einen

leistungs- und lohnpolitischen Druck gesetzt, der durch die Präsenz prekär Beschäftigter verstärkt wird.

Aufgrund der untertariflichen Bezahlung der Beschäftigten und des verschärften Leistungsdrucks, der indirekt durch die Präsenz der LeiharbeiterInnen verstärkt wird, verstehe ich die «Normalbeschäftigten» mit Blick auf die verschlechterten Lohn- und Beschäftigungsbedingungen als «prekarierte Normalbeschäftigte». Wo im folgenden nur von prekarierten Beschäftigten geschrieben wird, sind LeiharbeiterInnen und Normalbeschäftigte insgesamt gemeint.

Mit Hilfe des Konzeptes der «Moralischen Ökonomie» (vgl. Gailus 1990; Geiling 1985)³, das der englische Historiker Edward P. Thompson in den 70er Jahren entwickelte, lassen sich in den Interviews und Diskussionen ambivalente subjektive und sozial geteilte Verarbeitungsweisen freilegen, die auf vielschichtige Ungerechtigkeitswahrnehmungen und Mobilisierungspotenziale blicken lassen. Im Zentrum des Konzeptes «Moralische Ökonomie» steht die Frage, wie angesichts von Prozessen der kapitalistischen Landnahme, des Eindringens von Prinzipien des Warentauschs in zuvor nichtwarenförmig organisierte gesellschaftliche Felder Legitimationsprobleme entstehen und wie sich diese ausdrücken (vgl. Barker 2006: 20ff.). Ursachen dafür können veränderte (politische) Formen der Steuerung und Bearbeitung von Konflikten, neue Verhaltensweisen gesellschaftlicher Eliten gegenüber subalternen Bevölkerungsgruppen oder neue Zumutungen/Anforderungen an deren Lebensführung (inklusive der Arbeitswelt) sein. Ein Set an «Normalitäts- und Sittlichkeitserwartungen», über das die von den Verwertungsprozessen betroffenen Menschen verfügen, wirkt dabei als eine Art Interpretationsfilter. Thompson begreift Menschen nicht als Bestandteil von Strukturen (ordnet sie nicht nach ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln oder innerhalb einer Klasse), sondern sieht in ihnen Träger von Traditionen und Werten und somit zuvörderst historisch geprägte Subjekte (vgl. Wood 2010: 98)⁴.

Proteste beruhen laut Thompson auf weit verbreiteten und geteilten Ansichten darüber, was auf Märkten, Produktionsstätten usw. als gerecht- und ungerechtfertigt gilt. Zugrunde liegt dem eine fest umrissene und tradierte Auffassungen «von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens» (Thompson 1979: 16). Dieses Set an Grundannahmen bildet die «sittliche Ökonomie» der Unterschichten. Explizit politisch sei diese, weil sie auf «leidenschaftlich vertretenen» Gemeinwohlvorstellungen basieren (vgl. Thompson 1979: 16)⁵.

Mit Blick auf Konflikt- und Mobilisierungspotenziale lassen sich mit Thompson vier Grundüberlegungen unterscheiden: Erstens lassen sich vergangene Phasen gesellschaftlicher Entwicklung als Kontrastfolien thematisieren, vor deren Hintergrund die Gegenwart interpretiert und bewertet wird. Die den Menschen verfügbaren «Urteilsmaßstäbe» sind abhängig von Traditionen und Gewohnheiten. Diese Deutungsmuster beziehen sich zweitens darauf, wie sich gesellschaftliche Eliten gegenüber Untergebenen zu verhalten haben. Sie legitimieren Formen, in denen Herrschaft und Ausbeutung ausgeübt werden können, legen aber auch Erwartungen darüber nahe, welche Verpflichtungen Eliten im Sinne eines vorgestellten Gemeinwohls zu erfüllen haben. Damit verbunden informieren sie drittens darüber, welche gerechtfertigten Ansprüche für die Formen und Standards

der eigenen Lebensführung (inklusive Arbeit) es gibt, was mithin als «normal» gelten darf. Viertens legen sie nahe, welche Formen der Konfliktverarbeitung legitim sind und verweisen auf dafür angemessene Handlungsrepertoires. Diese verweisen darauf, welche Mittel legitim und überhaupt denkbar erscheinen, um Dissense zu artikulieren und eigene Interessen durchzusetzen. Mit Bezug auf die empfundenen Ungerechtigkeiten ist wichtig, was als deren Ursache(n) bzw. dafür verantwortliche Instanz(en) wahrgenommen wird – zum einen mit Blick darauf, ob Verhältnisse als veränderbar wahrgenommen werden, zum anderen mit Blick auf die Adressaten von Unmut (vgl. Gamson 2002: 7, 113). Deutungsmuster und «sittliche Ökonomie» konstituieren so einen «Raum des Denkbaren» angesichts deutungsbedürftiger Situationen. Ich werde diese Aspekte in der Darstellung der empirischen Schlaglichter unten inhaltlich wieder aufgreifen.

Empirische Schlaglichter

Im folgenden zeichne ich Umriss der Ungerechtigkeitsempfindungen⁶, der die Ungerechtigkeiten erklärenden Ursachen- und Verantwortungsdiagnosen sowie der damit verbundenen Handlungsorientierungen nach.

Ungerechtigkeitsempfinden

Insgesamt zeichnen sich in der Datenauswertung drei Ebenen ab, auf die sich Ungerechtigkeitsempfinden von prekarierten Beschäftigten beziehen: Ungerechte «gesellschaftliche Benachteiligung», ungerechte Anforderungen in der Arbeitswelt durch Steuerungsformen des Betriebes, Ungerechtigkeit bezogen auf konkrete individuelle Erfahrungen⁷.

Eine bei allen Beschäftigten anzutreffende Leitidee lautet, dass harte Arbeit durch verschiedene Formen der Leistungsanerkennung honoriert werden sollte⁸. Leiharbeit wird in diesem Zusammenhang nicht grundsätzlich abgelehnt, in fast allen Gruppendiskussionen und Interviews tauchen Sequenzen auf, in denen sie als ein «im Prinzip» sinnvolles Instrument beschrieben wird. Geurteilt wird dabei aus der Perspektive des legitimen betrieblichen Flexibilisierungsbedarfs, angesichts dessen es sinnvoll zu sein scheint, Auftragsspitzen durch Leiharbeit abzudecken. Diese Überlegungen werden auch von LeiharbeiterInnen selbst vorgetragen. Die prinzipielle Zustimmung weicht sowohl bei prekär Beschäftigten als auch bei Festbeschäftigten aber einer heftigen Kritik, sobald es um die konkreten Formen erfahrbarer Leiharbeit geht. Diese werden in der Regel als ungerechte Zumutung empfunden. Im Zentrum stehen dabei insbesondere die Lohnhöhe und die mangelnde Anerkennung der erbrachten Leistungen. LeiharbeiterInnen werden – von Festbeschäftigten, aber auch von den LeiharbeiterInnen selbst – variantenreich als Arbeiter zweiter Klasse beschrieben. In einer Gruppendiskussion mit Leiharbeitern brachte diese wahrgenommene fehlende Anerkennung in einer Selbstbeschreibung als «Verbrauchsprodukt» auf den Punkt. Von prekär beschäftigten LeiharbeiterInnen, prekarierten Normalbeschäftigten und Betriebsräten geteilte Legitimationsprobleme erstrecken sich dabei allerdings nicht nur auf Lohn und Anerkennung. Vielmehr eint sie ein Gefühl der eigenen grundsätzlichen Ersetzbarkeit. Während in den Erzählungen von Festbeschäftigten bei Traumburg sich aber ein tiefes und akutes Bedrohungsgefühl ausdrückt, artikulieren es Stammbeschäftigte bei Lieferfix auf einer Reflexionsstufe, auf der

prinzipiell ökonomische und arbeitsweltliche Unsicherheiten der Gegenwartsgesellschaft verhandelt werden. Zwei unterschiedliche Formen von Angst vor dem Arbeitsplatzverlust deuten sich so an. Dies bestätigt einerseits die von der Prekarisierungsforschung hervorgehobene disziplinierende Wirkung von Prekarisierung, die aus der Konfrontation von Beschäftigten mit den Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt folgt. Über diese Disziplinierung hinaus produziert sie andererseits auch Unmut darüber, dass trotz Leistung und Leistungsbereitschaft Sicherheit und «guter Lohn» nicht zu haben sind. Als Kernelement der sich abzeichnenden «moralischen Ökonomie» fungiert das eingeforderte Tauschverhältnis von Leistung gegen Anerkennung (durch Lohn, durch möglichen Aufstieg und symbolische Würdigung) – in Gänze lässt sich diese Forderung jedoch m. E. nur verstehen, wenn entschlüsselt wird, was Beschäftigte genau unter der von Unternehmern legitimerweise einforderbaren Leistung bzw. der Leistungspflicht von Lohnabhängigen verstehen. So bekräftigen z. B. Normalbeschäftigte, Betriebsräte und LeiharbeiterInnen zwar ebenso beharrlich wie allgemein das Leistungsprinzip und grenzen sich auf dessen Basis von müßiggängerischen Erwerbslosen ab; bei Schilderung konkreter Erfahrungen mit Erwerbslosigkeit oder leistungsschwachen KollegInnen werden diese Orientierungen jedoch gebrochen. Die Anwendung der in vorhergehenden Textsequenzen noch bestärkten Leistungsprinzipien wird dann relativiert. Das legt die Vermutung nahe, dass allgemein behauptete Orientierungen und im eigenen Nah- und Erfahrungsbereich geltende Beurteilungsmaßstäbe keineswegs identisch sein müssen. Nicht ein «Survival-of-the-fittest-Prinzip» deutet sich in den entsprechenden Diskussions- und Interviewsequenzen an, sondern das Plädoyer für eine Art «bedarfsgerechte Leistungsbelastung», bei der nicht Output, sondern die Bemühung nach den jeweils gegebenen Fähigkeiten entscheidendes Urteilkriterium ist. Die kühle Orientierung an und die Beurteilung von ArbeiterInnen nach ihrer Outputleistung wird hingegen als «unmenschlich» bezeichnet. Ein guter Kollege ist in den Augen der Beschäftigten, wer sich nach besten Kräften bemüht. Was zunächst wie eine lineare Anwendung kapitalistischer Leistungsnormen aussah, scheint auf den zweiten Blick aufgrund der Interpretationen (und Bedeutungszuschreibungen) der Beschäftigten, was eigene Rechte, Pflichten und Ansprüche sind, und angesichts der täglich zu bewältigenden Arbeitsbelastung, auch Elemente einer «leistungsbasierten Alltagsolidarität» zu enthalten – eine Alltagsolidarität allerdings, aus der (vermeintlich) Leistungsunwillige ausgeschlossen bleiben.

Dieses Ungerechtigkeitsempfinden scheint darüber hinaus mit einer Erwartungshaltung gegenüber den unternehmerischen Eliten verwoben zu sein: Reine zweck-mittelrationale Umgangsweisen des Managements mit den Beschäftigten werden kritisiert. Zwar werden die personalpolitische Verfügungsgewalt und die Autorität des Managements keinesfalls angezweifelt und das Leistungsprinzip nachdrücklich bejaht; Beispiele, in denen Manager nach reinen Marktgesichtspunkten zum Nachteil einzelner KollegInnen geurteilt und gehandelt haben, werden allerdings verschärft als «unmenschlich» missbilligt. Hier kristallisieren sich m. E. Verhaltenserwartungen heraus, die sich an der «instrumentellen Vernunft» kapitalistischen Warentauschs brechen, sobald dieser in reiner Form vollzogen wird. Aus der Perspektive der Beschäftigten bricht sich die «instrumentelle Marktrationalität» an einer «menschlichen Sichtweise», die soziale und persönliche Bedürfnisse der Arbeitskräfte berücksichtigt. Diese Ansprüche an das Verhalten von Ma-

nagern – die Einforderung eines «Gegenseitigkeitsverhältnisses» zwischen Kapital und Arbeit, bei der moralisch an die solidariegemeinschaftliche Pflicht von Wirtschaftseliten appelliert wird – lassen sich als weiteres Kernelement der zu rekonstruierenden «moralischen Ökonomie» ausmachen.

Die beschriebene Frustration, die individuell stärker oder schwächer ausgeprägt ist, kombiniert sich mit der Einschätzung, die Gesellschaft teile sich zunehmend in zwei Lager. Das im Mediendiskurs und in der politischen Auseinandersetzung präsente Bild der verschwindenden Mittelschicht, der sich alle Befragten – trotz geringer Einkommenshöhe – zurechnen oder einstmals zugehörig fühlten, wird beinahe ausnahmslos geteilt. Diese Problembeschreibung scheint bei vielen Beschäftigten durch die eigenen betrieblichen Erfahrungen bestätigt zu werden. Sowohl Betrieb als auch Gesellschaft erscheinen in den Deutungen der Beschäftigten als Orte sozialer Ungerechtigkeit, härterer Konkurrenz und verschärfter Unsicherheit. Gleichwohl bleibt der Betrieb ein positiver Bezugspunkt, ein Sozialraum, an dem mit KollegInnen zusammengearbeitet wird und einer befriedigenden Arbeitstätigkeit nachgegangen wird. Das aber scheint nicht grundsätzlich das Gefühl zu mindern, sozial bedroht zu sein. Die Angst vor der Erwerbslosigkeit und der daraus wohlmöglich folgenden Deklassierung bricht sich in einzelnen Diskussions- und Interviewsequenzen Bahn. Insbesondere unter den bei Traumburg beschäftigten Leiharbeitern und Normalbeschäftigten scheinen sich diese Wahrnehmungen zu einer Frustration alter fordistischer Leistungsnormen, der normativen Orientierung am Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit sowie der Befürwortung einer gleichförmigeren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu verdichten. In den entsprechenden Erzähl- und Diskussionssequenzen wirkt der jeweils «eigene» Betrieb zwar wie der Spatz in der Hand; vor allen Dingen unter den Beschäftigten bei Traumburg bilden die gefühlte Arbeitsplatzunsicherheit, die mangelnde Anerkennung und die vom Management enttäuschten Verhaltenserwartungen aber zugleich einen Unruheherd, der tief in das persönliche Leben hineinzuwirken scheint.

Eine für die rekonstruierbaren Ungerechtigkeitsempfindungen weiter zu analysierende Rolle spielen vielfältige Vergangenheitsbezüge, die sich entweder aus eigenem Erleben, aus mündlichen Überlieferungen oder aus medialen Vermittlungen speisen. Die – häufig idealisierte – Vergangenheit scheint dabei einerseits die Funktion einer «konkreten Utopie» zu haben, durch die eigene Ansprüche und Wünsche gerechtfertigt und als realistisch deklariert werden. Die Vergangenheit wirkt als Kronzeugin und zeigt, dass es auch anders ginge. Gleichzeitig unterstreichen solche Vergangenheitsbezüge auch – als mythische Kontrastfolie – Verschlechterungserfahrungen. Das teilweise schemenhafte, persönliche Wissen um (beispielsweise) die einst leichtere Mobilität auf den Arbeitsmärkten, um die größeren materiellen Teilhabechancen früherer Beschäftigtengenerationen, um ein früher erreichtes Ausmaß sozialer Gerechtigkeit hebt Entwicklungstrends scharf ins Bewusstsein, die zu einem Mehr an Konkurrenz, Unsicherheit und Ungleichheit führen.

Diese Befunde lassen sich zu konservativ anmutenden Legitimationsproblemen⁹ verdichten, die kapitalismuskritische Elemente enthalten. Dabei ist diese Kritik verbal um so radikaler, je weniger von betrieblichen Erfahrungen gesprochen wird. Angeprangert werden in solchen Passagen Profitgier und die Steuerung «der Politik» durch «die Wirt-

schaft». Brisanter für die persönliche Lebensführung – darauf deutet die Ausführlichkeit hin, mit der in den Diskussionen und Interviews darüber gesprochen wurde – scheinen jedoch die Erfahrungen in der eigenen betrieblichen Lebenswelt zu sein. Der Betrieb scheint von einer Mehrheit der Befragten als ein Ort wahrgenommen zu werden, an dem als legitim empfundene Erwartungen an Lohn- und Arbeitsbedingungen enttäuscht werden und die Erfahrung sozialer Missachtung gemacht wird. Es wirkt so, als würden sich gesellschafts- und betriebsbezogenes Ungerechtigkeitsempfinden insbesondere unter den Beschäftigten bei Traumburg gegenseitig verstärken: Die eigenen betrieblichen und lebensweltlichen Erfahrungen scheinen die Gesellschaftsdiagnose zu untermauern; die wahrgenommenen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten eine «Kleiner-Mann-Perspektive» in den betrieblichen Auseinandersetzungen zu bestärken. Zwei Aspekte sind m. E. in diesem Zusammenhang besonders interessant, die hier jedoch nur angedeutet werden können: Zum einen mutet es so an, als seien mit diesen betriebs- und gesellschaftsbezogenen Deutungen latente Selbstidentifizierungen als – wie es einige Arbeiter ausdrückten – «kleines Volk» bzw. «kleiner Mann» verbunden. Diese identitäre Grenzziehung ist klassenpolitisch integrativ, da sie prekäre und nicht-prekär Beschäftigte umfasst. Zum anderen enthalten die Kritiken häufig begründende Argumentationsfiguren, die von einem erstrebenswerten betrieblichen und/oder gesellschaftlichen Allgemeinwohl ausgehen.

Ursachendiagnosen, Verantwortungszuschreibungen und identitäre Grenzziehungen

Wer oder was verursacht nun in den Augen der Beschäftigten diese als ungerecht beurteilten Verhältnisse? Wem oder was wird die Verantwortung für die beanstandeten Entwicklungen zugeschrieben? Die Antworten auf diese Fragen lassen ansatzweise auf das jeweilige Gesellschaftsverständnis der Beschäftigten schließen, sie haben aber auch handlungs(de)motivierende Folgen: Je stärker die Verhältnisse den Betroffenen als unvermeidliches Schicksal oder von menschlichem Handeln unabhängige Bürden erscheinen, desto schwieriger lassen sich Formen kollektiven Handelns bzw. solidarischer Mobilisierung verwirklichen (vgl. Terpe 2009: 115–128).

Zwei Punkte fallen bei der Analyse der Ursachendiagnosen und Verantwortungszuschreibungen auf. Zum einen verbinden Beschäftigte ihre Vermutungen überwiegend mit Äußerungen, die ihre eigene Ratlosigkeit bezüglich der Ursachen und ihr eigenes Unverständnis gegenüber den Entwicklungen signalisieren. Zum anderen dominieren in ihren sich dennoch anschließenden Deutungsversuchen personalisierende Zuschreibungen (Schuld ist z. B. das lokale Management), die zum Teil mit der Thematisierung struktureller Zwänge (z. B. Profitinteressen) und mit differenzierten Vermutungen über die Interessen der Akteure (z. B. von LeiharbeiterInnen) kombiniert werden. Zwei Aspekte sind dabei besonders bemerkenswert. Erstens verblüfft die direkte Staatsorientierung, sobald – meist von den Gesprächspartnern selbst – mögliche Akteure thematisiert werden, die empfundene Probleme lösen und Ungerechtigkeiten beseitigen könnten. Nicht selten mündet dies in die Forderung, «die Politik» müsse «die Wirtschaft» kontrollieren und ihr Grenzen setzen. Als möglicher Problemlöser wird «der Staat» allerdings zugleich zum po-

tenziellen Problemverursacher, stünde ihm doch frei, die Dinge zum Besseren zu wenden. Politik erscheint in entsprechenden Formulierungen allerdings als etwas, das von der eigenen Lebenswelt weit entfernt wirkt, partiell werden Politiker einem gesellschaftlichen «Oben» zugeordnet. Anreiz- und Konfrontationsfragen, die differenziertere Erzählungen zu politischen Kräften ermöglichen sollten, wurden nur selten aufgegriffen. Nur in Ausnahmefällen deuten sich eigene Auseinandersetzungen mit konkreten Parteien an – eine Mehrheit der Beschäftigten scheint «der Politik» eher distanziert gegenüber zu stehen. Das aber sollte nicht als apolitisches Denken missverstanden werden: Angesichts der (kritisch) thematisierten Macht «der Wirtschaft» lassen sich sehr wohl rudimentäre Elemente eines Bewusstseins gesellschaftlicher Interessengegensätze ausmachen. Deren Umriss werden insbesondere dann sichtbar, wenn versucht wird, das Ausbleiben gewünschter Maßnahmen (z. B. das Verbot von Leiharbeit) zu erklären – teilweise durch den Verweis auf die Macht der Wirtschaft, die Deutschland regiere, teilweise durch die direkte Wirkung von Lobbypolitik¹⁰. Mit Blick auf die «Moralische Ökonomie» ist der Staat so zwar legitimer Adressat, eine Haltung, in der sich Loyalität und Zutrauen in das politische System auszudrücken scheint; komplementär erwachsen daraus allerdings auch Legitimationsprobleme, die partiell bei den Beschäftigten tiefe Zweifel an der Funktionstüchtigkeit von Staat und Politik nähren. Dieses Phänomen lässt sich m. E. als «gebrochene Loyalisierung» verstehen – gebrochen, weil die an die wirtschaftlichen und politischen Eliten gerichteten Erwartungshaltungen wiederholt enttäuscht werden. Gerade weil die Beschäftigten in Politikern den legitimen Adressaten zur Lösung der Probleme sehen, wächst der Frust über den Output politischen Handelns. Das verbindet sich mit einer fehlenden oder nur geringen alltagsweltlichen Bindung an politische Akteure – etwas, das sich als «Entpolitisierung des Alltagslebens» deuten ließe, wodurch aber politische Erwartungshaltungen und Ansprüche nicht verschwinden, im Gegenteil. Die spürbare Frustration entzündet sich damit weniger an konkreten politischen Vorhaben, sondern verdichtet sich zu einer Art «politischer Gesamtunzufriedenheit».

Zweitens ist interessant, wer *nicht* als Verursacher der empfundenen Ungerechtigkeiten wahrgenommen wird. Aus der Sicht der Festbeschäftigten sind es nicht in erster Linie die LeiharbeiterInnen, die zwar – so bei Traumburg – als Bedrohung wahrgenommen, nicht aber für diese verantwortlich gemacht werden: Trotz Spannungen und gegenseitiger Abwertungsversuche zeigen fest Beschäftigte durchaus Verständnis für die Situation und Interessen von Leihkräften, wenngleich die wahrgenommenen Probleme deshalb natürlich längst nicht entschärft sind. Es sind aber auch nicht «die Ausländer» oder Fremde, die zu Sündenböcken gemacht werden, wenngleich die Gruppendiskussionen und Einzelinterviews nicht frei sind von Argumenten und Untertönen, an die rechtspopulistische Projekte anknüpfen könnten. Diese Feststellung gilt auch für die Beschäftigten bei Traumburg, wo zeitweise eine große Zahl rumänischer KollegInnen bei einem Subunternehmen arbeitete. Zwar lassen sich deutliche symbolische Abwertungen in den Interviews nachzeichnen – so sprechen Deutsche, wenn sie sich auf die rumänischen KollegInnen beziehen, mal von den Russen, den Polen oder den Tschechen¹¹ –, feindselige Argumente im Sinne eines «Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg» wurden jedoch nicht vorgebracht. Auch wenn die Festbeschäftigten dem Einsatz insbesondere osteuropäischer ArbeiterInnen ablehnend gegenüberstehen, machen sie für die von ihnen

wahrgenommenen Probleme die rumänischen ArbeiterInnen nicht selbst verantwortlich, sondern rechtfertigen auf der Basis der eigenen Leistungsethik deren Motivation, den eigenen Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu bestreiten. Ähnliches gilt für ihr Verhältnis zu den deutschen LeiharbeiterInnen. Dieses Verständnis hebt zwar das strukturell gegebene Konkurrenzverhältnis nicht auf, könnte aber ein Ansatzpunkt für politische Vermittlung sein. Begünstigend könnte sich dabei auswirken, dass Prekäre, Normalbeschäftigte und Betriebsräte gleichermaßen – sobald die betriebliche bzw. unternehmerische Ebene angesprochen wird – das Fehlverhalten des Managements und die Profitinteressen des Unternehmens als wichtige Ursachen der wahrgenommenen Probleme kritisieren, die auf Kosten der Beschäftigten verfolgt werden.

Scharf grenzt sich hingegen eine Mehrzahl der Befragten von Erwerbslosen ab, soweit diese als leistungs- und arbeitsunwillig deklariert werden können. Die damit verbundene Abwertung scheint auf einer Interpretation zu beruhen, der zufolge Erwerbslose sich einer gemeinsam zu schulternden Last entziehen, sich gewissermaßen weigern, den Beitrag zu einer «leidenden Leistungsgemeinschaft» zu erbringen. Doch auch diese abwertende Grenzziehung ist nicht ungebrochen, ebensowenig wie die oben erwähnte Befürwortung des Leistungsprinzips. Das wird insbesondere in den Gruppendiskussionen deutlich. Eigene Erfahrungen mit oder Berichte aus dem eigenen Nahbereich (Familie, Freunde, Bekannte) über Arbeitslosigkeit oder über die Behandlung durch Sozialstaatsinstanzen relativieren die Abwertung. Teilweise deutet sich in den Ausführungen von Beschäftigten, die zuvor schroff angeblich müßiggängerische Erwerbslose verurteilten, gar Verständnis für sog. «Hartzis» an.

Handlungsorientierung

Ein wichtiger Befund betrifft die Handlungsorientierungen der untersuchten Beschäftigten¹²: Zwar unterstrichen LeiharbeiterInnen und Normalbeschäftigte mehrheitlich, dass die eigene Leistungsfähigkeit wichtig ist; vor dem Hintergrund erwerbsbiografischer und betrieblicher Erfahrungen erwartet aber nur eine Minderheit, die eigene Situation durch mehr oder höherwertige eigene Leistung verbessern zu können. Dahinter verbirgt sich kein plötzlicher Bruch mit der eigenen Leistungsethik, sondern vermutlich eher nüchterner Realitätssinn: Man gibt ja bereits sein Bestes – ohne damit Erfolg zu haben. Sicherlich darf dieses Schlaglicht nicht in dem Sinne missverstanden werden, dass individualistische Problemlösungen für die Beschäftigten undenkbar werden – vielmehr können solche ernüchternden Einschätzungen Anknüpfungspunkte sein, um die kritisierten Missstände kollektiv zu verändern. Nur: wenngleich Gewerkschaften insgesamt durchaus positiv gesehen werden, scheinen erfolgversprechende und inspirierende Beispiele für ein solches Vorhaben zu fehlen. Bei einzelnen prekären LeiharbeiterInnen und prekarisierten Normalbeschäftigten finden sich durchaus Hinweise darauf, dass Gewerkschaften für sie ein wichtiger Gegenmachtfaktor sind – oder sein sollten. Gleichwohl bleiben Ohnmachtsgefühle und eine anhaltende Skepsis, die bezweifelt, dass und ob durch eigenes und gemeinsames Engagement Dinge zum Besseren verändert werden können. Zusammen mit der angedeuteten «gebrochenen Loyalität» staatlichen Eliten gegenüber, von denen Abhilfe erwartet wird, scheint die Ernüchterung damit eher passive

Haltungen und Ohnmachtsgefühle zu verstärken. Bewusst zugespitzt formuliert: Nur eine Minderheit der «gewerkschaftsaffinen» Interviewten sieht im eigenen Engagement einen vielversprechenden Weg. Dominanter scheint eine delegierende Orientierung zu sein, die sich von vernünftig agierenden wirtschaftlichen und politischen Akteuren eine Verbesserung der eigenen und gesellschaftlichen Situation verspricht – eine Orientierung allerdings, die nachhaltig irritiert wird durch die oben beschriebenen Enttäuschungen.

Schlussfolgerung

Diese Schlaglichter legen vielschichtige und ambivalente Mobilisierungspotenziale frei. Im gleichen Atemzug, in dem sich ein stabil wirkender Kern von Ungerechtigkeitsempfinden abzeichnet, das von LeiharbeiterInnen und Normalbeschäftigten gleichermaßen geteilt wird, macht sich eine «gebrochene Loyalität» gegenüber staatlichen und wirtschaftlichen Eliten und ein damit verbundenes latentes antagonistischen Interessenbewusstsein bemerkbar. Während gegenseitige Abwertungen zwischen den Beschäftigtengruppen zwar vorkommen, aber keine dominante Rolle spielen, kristallisieren sich angesichts wahrgenommener betrieblicher und gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten Elemente einer Kollektividentität des – eher sozial als national definierten – von Arbeitsbelastungen gebeutelten «kleinen Volkes» heraus. Dieser Dreiklang ist konfliktsoziologisch und gewerkschaftspolitisch höchst brisant, schließlich werden konservativ anmutenden Legitimationsprobleme, die sich aus den geteilten Sittlichkeits- und Normalitätserwartungen speisen, gemeinsam mit einem latenten «Wir-hier-unten-Bewusstsein», einer rudimentären Zuschreibung von Verantwortung für empfundenes Unrecht an Unternehmer, «die Wirtschaft» und «die Politiker» artikuliert. Prekär und prekarierte Normalbeschäftigte nehmen ihre Situation infolgedessen keineswegs als selbstverschuldet (z. B. aufgrund mangelnder Qualifikation) oder als Resultat unvermeidlicher Entwicklungen (z. B. wirtschaftlicher Notwendigkeiten) wahr – es gäbe Alternativen zum Status Quo, wengleich diese in den Diskussionen und Interviews nur selten ausführlich erörtert werden. Nicht zuletzt der Verweis auf die Errungenschaften der «alten Bundesrepublik» scheint zu bekräftigen, dass von Unausweichlichkeit keine Rede sein kann. Eine fundamentale Voraussetzung kollektiver Mobilisierung, die Überwindung fatalistischer Sichtweisen, ist also erfüllt (vgl. Terpe 2009: 97–102, 115–128). Die im empirischen Material aufscheinenden, alltäglichen Enttäuschungen als legitim erachteter Erwartungen und das allgemeine Gefühl sozialer Verschlechterung und Verunsicherung schüren damit einen «Protestrohstoff», der von LeiharbeiterInnen, prekarierten Normalbeschäftigten und Betriebsräten weitgehend geteilt wird, wengleich diese Feststellung nicht dazu verleiten sollte, individuelle, betrieblich bedingte und aus den jeweiligen Positionierungen in den Zonen der Prekarität und Integration resultierende Unterschiede aus den Augen zu verlieren. Obwohl Prekarisierung also verunsichert, diszipliniert und die Konkurrenz intensiviert, liegt im skizzierten Protestrohstoff ein Anknüpfungspunkt für kollektive Mobilisierung. Vor dem Hintergrund weithin wahrgenommener Arbeitsmarktunsicherheit und verbreiteter Ohnmachtserfahrung – die nicht nur, aber auch durch gewerkschaftliche Betriebspolitik beeinflusst werden – könnten gerade diese Mobilisierungspotenziale allerdings durch die starke Orientierung der Beschäftigten auf Problemlösungen durch

staatliche bzw. politische Eliten blockiert werden. Die hier kursorisch rekonstruierten Normalitäts- und Sittlichkeitserwartungen der befragten Beschäftigten wirken sich also auf eine scheinbar paradoxe Art und Weise aus: Sie speisen zwar in Form vielfältiger Legitimationsprobleme betrieblicher und gesellschaftlicher Entwicklungen kognitive Mobilisierungspotenziale; zugleich scheinen die in der «Moralischen Ökonomie» enthaltenen Handlungsrepertoires jedoch Ohnmachtsgefühle zu stützen und Passivität zu stärken – Haltungen, die aufgrund der oben skizzierten empirischen Schlaglichter allerdings nicht mit Apathie, Fatalismus oder interessenpolitischer Atomisierung verwechselt werden dürfen.

Dennoch: An diese Deutungen wäre betriebs- und gewerkschaftspolitisch anzuknüpfen, wenngleich die Frage, wie genau das gehen kann, nicht bequem vom Schreibtisch aus zu beantworten ist. Sicher scheint mir eins: Ohnmachtsgefühle und Selbsttätigkeit blockierende Handlungsrepertoires können nicht durch Zureden, sondern nur durch praktische Beispiele überwunden werden, die alternative Handlungsweisen nicht lediglich aufzeigen, sondern auch als erfolgversprechend erfahrbar machen. Schwimmen lernt man nur, indem man ins Wasser springt.

Anmerkungen

1. Unter «kognitiven Mobilisierungspotenzialen» verstehe ich Deutungsweisen, die kollektive Mobilisierungsprozesse ermöglichen. Ich orientiere mich dabei am sog. Framingansatz, der innerhalb der Sozialbewegungsforschung für die kollektiven Protest erleichternde (oder erschwerende) Rolle der den Subjekten verfügbaren Interpretationsrahmen (in Anlehnung an Erving Goffman) sensibilisiert. Unabhängig davon, wofür und von wem mobilisiert wird – also ob es sich nun um emanzipatorische oder autoritäre Bewegungen handelt – interessieren sich Framinganalysen für bestimmte Dimensionen und Ausprägungen der Rahmen: z. B. für die Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten, von kollektiven Identitäten und Gegnerschaften oder von Akteuren der Veränderung. Da eine ausführliche Erörterung hier nicht möglich ist, möchte ich auf die Einführung in die Bewegungsforschung von Thomas Kern (vgl. Kern 2008) und exemplarisch auf die Studie «Talking Politics» von William Gamson (vgl. Gamson 2002) verweisen.
2. Die Diskussionen und Einzelinterviews werden im systematischen Fallvergleich und mit Hilfe der formulierenden und rekonstruierenden Interpretation (dokumentarische Methode) ausgewertet. Herausgearbeitet werden handlungsorientierende Deutungsmuster.
3. Eine knappe Übersicht über das politische und wissenschaftliche Wirken Thompsons, auch in der Auseinandersetzung mit dem französischen Theoretiker Louis Althusser, bietet Christoph Jünke (vgl. Jünke 1998). Eine umfassende Darstellung des Lebens Thompsons – auch der Verbindungslinien zwischen intellektueller Arbeit und politischem Aktivismus – bietet hingegen Scott Hamilton in seiner Studie *The Crisis of Theory* (vgl. Hamilton 2011).
4. Weiter heißt es bei Ellen Meiksins Wood: «Wesentlich für seinen historischen Materialismus ist, das ›Objektive‹ und das ›Subjektive‹ nicht als zwei getrennte Dinge aufzufassen ... die nur äußerlich und mechanisch, als aufeinander folgende miteinander verbunden sind, als objektiver Stimulus und subjektive Reaktion. Es ist notwendig, der gesellschaftlichen Analyse die Rolle von bewussten und historischen Subjekten einzuschreiben, die ›Subjekt‹ und ›Objekt‹ zugleich sind, sowohl Handelnde, als auch materielle Kräfte in objektiven Prozessen.» (Wood 2010: 99.)
5. Aus derartigen Abweichungen von Normalitäts- und Sittlichkeitserwartungen folgen keineswegs automatisch Formen kollektiven Handelns. Ungerechtigkeitsempfindungen verstehe ich als notwendige, aber nicht einzige Möglichkeitsbedingung von Mobilisierungsprozessen. Eine differenziertere Auseinandersetzung mit diesem Problemzusammenhang ist an dieser Stelle nicht möglich. Einen knappen Überblick über weitere Faktoren bietet Thomas Kern in seiner Einführung in Forschungskonzepte der Sozialbewegungsforschung (vgl. Kern 2008).
6. Einen ausführlichen Überblick über Konzepte und theoretische Überlegungen der (Un-)Gerechtig-

keitsforschung bieten Patrick Sachweh und Sylvia Terpe (vgl. Sachweh 2010; Terpe 2009).

7. Differenzen zwischen den Beschäftigten scheinen sich am stärksten geltend zu machen, sobald diese letzte Ebene betrachtet wird.

8. Vergleiche hierzu auch die vergleichbaren Befunde der Arbeit *Die populistische Lücke* (vgl. Flecker/Kirschenhofer 2007).

9. Konservativ bezieht sich dabei auf die normativen Fluchtpunkte der Kritik – überwiegend handelt es sich auf Referenzen auf Vorstellungen von der «alten» sozialen Marktwirtschaft. Siehe hierzu die obigen Bemerkungen zu den in den Diskussionen und Einzelinterviews enthaltenen Vergangenheitsbezüge.

10. Aus dieser Perspektive erscheinen «der Staat» oder «die Politik» entweder als unpolitisch und neutral oder als Beute «der Wirtschaft».

11. Die symbolische Grenzziehung verläuft hier zudem deutlich anders, als im Fall «deutscher LeiharbeiterInnen», mit denen die Identifizierung leichter zu fallen scheint.

12. In den Diskussionen und den Einzelinterviews habe ich mich bemüht, durch Konfrontationsfragen leistungsindividualistische Auswege aus den beschriebenen Situationen nahe zu legen.

Literatur

Barker, Colin (2006): Ideology, discourse, and moral economy. In: *Atlantic Journal of Communication* 14: 7–27.

Bourdieu, Pierre (1998a): Prekarität ist überall. In: Pierre Bourdieu: *Gegenfeuer*. Konstanz. S. 96–102.

Bourdieu, Pierre (1998b): Der Neoliberalismus. In: Pierre Bourdieu: *Gegenfeuer*. Konstanz. S. 109–118.

Brinkmann, Ulrich et al. (2008): *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung?* Wiesbaden.

Castel, Robert (2007): Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft. In: P. Bourdieu (Hrsg.): *Lohn der Angst. Flexibilisierung und Kriminalisierung in der «neuen Arbeitsgesellschaft»*. Konstanz. S. 14–20.

Detje, Richard et al. (2011): *Krise ohne Konflikt?* Hamburg.

Dörre, Klaus et al. (2011): Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? In: C. Koppetsch (Hrsg.): *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus*. Wiesbaden. S. 21–50.

Dörre, Klaus u. a. (2009): Krise ohne Krisenbewusstsein? In: *Prokla* 4: 559–577.

Flecker, Jörg, Sabine Kirschenhofer (2007): *Die populistische Lücke*. Wien.

Gailus, Manfred (1990): *Straße und Brot*. Göttingen.

Gamson, William A. (2002 [1992]): *Talking politics*. Cambridge.

Geiling, Heiko (1985): *Die moralische Ökonomie des frühen Proletariats*. Frankfurt a. M.

Hamilton, Scott (2011): *The crisis of theory. EP Thompson, the new left and postwar British politics*. Manchester.

Hauer, Dirk (2007): Strategische Unsicherheit. Zu den identitären Fallstricken der Debatte um prekäre Arbeit. In: S. Bologna et al. (Hrsg.): *Selbstorganisation... Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus*. Berlin. S. 206–211.

Holst, Hajo, Ingo Matuschek (2011): *Sicher durch die Krise?*

Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen*. Wiesbaden.

Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld.

Sachweh, Patrick (2010): *Deutungsmuster sozialer Ungleichheit*. Frankfurt/Main.

Terpe, Sylvia (2009): *Ungerechtigkeit und Duldung*. Konstanz.

Thompson, Edward P. (1979): Die «sittliche Ökonomie» der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert. In: D. Puls (Hrsg.): *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten*. Frankfurt a. M. S. 13–81.

Tilly, Charles (1978): *From mobilization to revolution*. New York.

Wood, Ellen Meiksins (2010): *Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus*. Köln.